

Wilhelm Leuschners Widerstand gegen Hitler und sein Konzept für eine neue Gewerkschaftsbewegung

Dr. Gerhard Beier, geb. 1937 in Flensburg, Studium der Geschichte und Germanistik in Kiel und Tübingen, Landesvorsitzender des VS in Hessen, ist Redakteur der Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK). Er lebt als freier Schriftsteller in Kronberg/Taunus.

Nur wenige deutsche Gewerkschaftsführer sind in den „Briefmarkenhimmel“ gelangt, unter ihnen Hans Böckler, Jakob Kaiser, Wilhelm Leuschner und - im September 1994 - Willi Richter, Leuschners Mitstreiter und - wenn man so will — Testamentsvollstrecker. Wer sich die neueste Marke der Deutschen Bundespost mit dem Porträt Willi Richters anschaut, vermißt eine inhaltliche Aussage. Die beiden abgestuften Brauntöne provozieren ein Mißverständnis. Leuschner und Richter hatten mit solchen opaken Schattierungen nichts im Sinn. Ihre Farbsymbolik wäre von orange über rot bis violett ausgefallen. Oder sie stellte sich in den klaren Farben der deutschen Republik dar: schwarz-rot-gold.

Beide legten Wert auf einen konzeptionell unmißverständlichen Einsatz politischer Symbole in Farbe und Form. Das war mehr als die Forderung eines graphischen Designs zum Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit. Leuschner und Richter ließen sich massenpsychologisch beraten. Sie verstanden den Kampf der Symbole nicht als äußerlich, sondern als entscheidenden Schauplatz der Auseinandersetzung mit den Feinden der Republik und der Gewerkschaftsbewegung.

Wer dein philatelistischen Porträt Richters eine beherrschende Parole begeben wollte, müßte schreiben: „Samstags gehört Vati mir!“ Diese Parole beherrschte den gewerkschaftlichen Kampf in Westdeutschland ab Mitte der fünfziger Jahre im Zeichen des Aktionsprogramms. Sie mag privatistisch wirken, aber sie bündelte alle gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Bestrebungen ähnlich wirksam wie seit 1890 der Kampf um den Achtstundentag. Diese Losung paßte hervorragend in den modernen Kampf um die Verteilung des wachsenden Wohlstands und die Gestaltung der Freizeitgesellschaft. Sie stand zugleich in der Tradition der Gewerkschaftsbewegung vor Hitler, denn die 40-Stunden-Woche war seit 1930 das arbeitszeitpolitische Ziel der deutschen und der internationalen Gewerkschaftsbewegung in den fortge-

schrittensten Industrieländern. Es ging dabei sowohl um mehr Lebensqualität für den einzelnen Arbeiter und seine Familie als auch um das allgemeine Recht auf Arbeit und die gerechtere Verteilung der Mühsal und des Wohlstands unter den Anbietern von Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt.

Schafft die Einheit!

Als der zum Tode verurteilte Wilhelm Leuschner vor 50 Jahren, am 28. September 1944, aus der Todeszelle des Zuchthauses abgeholt und in die Hinrichtungsstätte Plötzensee verbracht wurde, hinterließ er seinen Mitgefangenen eine letzte Botschaft: „Morgen werde ich gehenkt, schafft die Einheit!“ In diesem dramatischen Akt und dieser eindringlichen Parole zeigt sich der Kerngedanke der gewerkschaftlichen Konzeption Leuschners. Die freie Gewerkschaftsbewegung sollte aus ihrer tragischen Geschichte lernen. Sie sollte aus der brutalen Zerschlagung durch den Nationalsozialismus als geeinte und einheitliche gesellschaftliche Kraft hervorgehen, um einen Rückfall in die Barbarei unmöglich zu machen und einen dauerhaften Fortschritt im Sinne der gemeinsamen Programmatik zu erzielen. Diese Einheit bildete die organisatorische Voraussetzung, um ein so wünschenswertes Ziel wie das arbeitsfreie verlängerte Wochenende und vieles andere zu erreichen.

Die Parole der Einheit durchzieht geradezu mythisch das politische und soziale Denken Leuschners und seiner Freunde. Diese Einheit meinte im Kern die Einheitsgewerkschaft als organisatorische Erlösung aus der unheilvollen berufsegoistischen und ständischen Zersplitterung, der politischen und weltanschaulichen Spaltung, der menschlichen Zerrissenheit im Ringen um den Bestand der Republik und die Zukunft der sozialen Bewegung.

Es fällt schwer, angesichts einer heranwachsenden Generation des Eigensinns an Leuschners große Parole zu erinnern. Der Zeitgeist des ausgehenden 20. Jahrhunderts weht in eine andere Richtung: Entsolidarisierung der Gesellschaft und Auflösung von Massenbindungen sind angesagt. Nicht die einige Weltgesellschaft, sondern der Einzige und sein Eigentum, die Lust am Abfall von Gemeinschaft und Gesellschaft, beherrschen das geistige Klima. Eben deshalb erscheint es notwendiger als früher, sich auf Leuschners Lehre zu besinnen. Er leistete seinen Widerstand nicht als Absonderung, sondern als Bekenntnis zur Einheit auf allen Feldern der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Gestaltung.

Die Parole der Einheit meinte nicht nur die Einheitsgewerkschaft, sondern die Einheit als Aufhebung der Klassengesellschaft, als Prinzip der sozialen Sicherung, als Grundlage wirtschaftlicher Selbstverwaltung und als höchste Form des staatlichen Aufbaus. Dazu gehörte die Einheit des Arbeitsrechts und die Einheit in der Lebensgestaltung- Dazu zählte auch der Aufbau einer einheitlichen Arbeiterpartei, freilich nicht im Sinne eines „demokratischen Zentralismus“, keiner „Sozialistischen Einheitspartei“, sondern einer „Labour Party“ nach englischem Vorbild.

Innenminister im Volksstaat Hessen

Leuschner war ein kreativer Typ, kein sturer Einheitsprediger. Er hatte Holzbildhauer gelernt, und zwar nicht nur als „Ornamentiker“, sondern mit dem Ziel des „Figuristen“. Er wollte die Kunsthochschule besuchen. Es waren die sozialen Verhältnisse der Kaiserzeit, die ihn in abhängige Arbeit zwangen und in die Gewerkschaft drängten. Dabei bewahrte er sich das Freiheitsstreben des Künstlers. Als Darmstädter Arbeitersekretär nach dem Weltkrieg förderte er Kunst und Kultur. Leuschner organisierte das Kulturkartell, schuf quasi eine organisatorische Einheit zum Zwecke der Förderung kultureller Freiheit und Vielfalt. Zu seinen Freunden zählten Theaterleute wie Gustav Härtung und Carl Ebert, Schriftsteller wie Carl Zuckmayer und Kasimir Edschmid. Das entsprach den Traditionen in Südhessen, insbesondere im „Volksstaat“, der aus dem Großherzogtum Hessen-Darmstadt hervorgegangen war - Darmstädter Jugendstil.

Mit 34 Jahren wurde Leuschner 1924 in den Landtag und zum Vizepräsidenten des Hohen Hauses gewählt. Der ADGB ernannte ihn 1926 zum Bezirkssekretär für Hessen-Darmstadt und Hessen-Nassau mit Sitz in Frankfurt a. M. In Leuschners Zeit fiel der vorbildliche Neubau des Gewerkschaftshauses, das damals an der Gutleut- und heute an der Wilhelm-Leuschner-Straße liegt. Mit der gewerkschaftlichen Verklammerung der hessischen Städte und Territorien wurde ein Stück Reichsreform vorweggenommen, wurden die Konturen des modernen Groß-Hessen sichtbar, das zum heutigen Bundesland führte.

Als Innenminister in Darmstadt ab 1928 war Leuschner zugleich für Verfassungsfragen zuständig. Er kümmerte sich gemeinsam mit seinem preußischen Kollegen Severing um die Reichsreform, und zwar bis weit in die Pläne des Widerstands hinein. Er wollte den deutschen Einheitsstaat in regionaler Gliederung, die Auflösung des übermächtigen Preußen und die Neugliederung des Reiches nach landsmannschaftlichen und wirtschaftsgeografischen Gesichtspunkten.

Zehn Jahre nach Verabschiedung der Weimarer Verfassung ging es um die Verwirklichung des zweiten Hauptteils, der Grundrechts- und Sozialstaatsartikel 109 ff. der Reichsverfassung, die 1919 beschlossen, aber noch keineswegs verwirklicht waren. Der Vollendung der formalen Demokratie sollte die soziale Demokratie mit einer entsprechenden Wirtschaftsverfassung folgen. Dazu schrieb Leuschner anlässlich der Verfassungsfeier am 11. August 1929, „das Große an dem Verfassungswerk von Weimar“ sei, „daß es nicht haltmacht mit der Einführung der parlamentarischen Demokratie, sondern daß es die Tür öffnet für den Vormarsch zur sozialen Republik, der im Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts vollzogen werden muß. Das Ziel heißt, aus der politischen die soziale Demokratie zu machen, die politische und soziale Gerechtigkeit zu ergänzen und zu vollenden durch die Sicherung der wirtschaftlichen Gerechtigkeit für alle Volksgenossen im Volksstaate, wie das zum Beispiel in der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie einen Ausdruck gefun-

den hat. In der Tat ist es nur recht und billig, daß im Volksstaat den werktätigen Massen nicht nur der Anteil an allen materiellen Gütern gesichert wird, sondern daß vor allen Dingen auch der Arbeiterschaft wie allen schaffenden Ständen grundsätzlich der Anteil an den kulturellen Gütern zugestanden wird, deren Genuß früher ein Privileg der besitzenden Schichten gewesen ist."¹

Die Weimarer Reichsverfassung garantierte nicht nur das Koalitions- und Streikrecht, sondern auch die Bildung von Arbeiter- und Wirtschaftsräten, und zwar von der Betriebs- über die Bezirksebene bis hinauf zum Reichswirtschaftsrat (Art. 165). Wer dieser wirtschaftsdemokratischen Perspektive gerecht werden wollte, der mußte das zersplitterte Gewerkschaftswesen der Weimarer Zeit einheitsgewerkschaftlich reformieren. Insofern standen Leuschners Beiträge zur Vereinheitlichung der Gewerkschaften und zur Reichsreform in direkter Verbindung mit seinen Aufgaben als Innenminister des Volksstaates Hessen. Das verfassungspolitische Ziel der Wirtschaftsdemokratie setzte das Mittel der Einheitsgewerkschaft voraus.

Antifaschistische Konditionierung

Bevor die wirtschaftsdemokratischen Blühträume reifen konnten, gerieten Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in ihre schwerste Krise. Die Propaganda der alten Parteien und die Aktionsformen der Gewerkschaften wurden der Herausforderung durch den Nationalsozialismus nicht gerecht. Die Überalterung der hauptberuflichen Führungskader, die kurz nach dem Sozialistengesetz und lange vor der Revolution von 1918 eingestellt worden waren, erwies sich als schweres Hindernis im Kampf für die Republik.

Leuschner sammelte eine Gruppe jüngerer Kollegen und Genossen, die sich nach schweren Kriegserlebnissen der Republik zur Verfügung gestellt hatten. Dazu zählten Jungakademiker wie Carlo Mierendorff und Theodor Haubach und Absolventen der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main wie Willi Richter, der Leuschners Nachfolger im Darmstädter Gewerkschaftshaus wurde. Sie alle lassen sich als „militante Reformisten“ charakterisieren, denn sie standen auf dem Boden der Republik, sie kämpften gegen den alten Trott und drängten auf radikale Reformen, um den Weg vom Volksstaat zum Sozialstaat zu beschleunigen. Sie arbeiteten dabei mit einem hervorragenden Psychologen in Heidelberg zusammen, mit Sergej Tschachotin, einem emigrierten Menschewiken, der als Assistent für Pawlow und als Propagandist für Kerenski gearbeitet hatte.² Tschachotin verstand sich auf Massenpsychologie und bedingte Reflexe. Er hatte die Propaganda der Bolschewisten und der Nazis studiert. Zusammen mit Mierendorff, den Leuschner als seinen Pressesprecher engagierte, verfaßte Tschachotin eine Propagandafibel gegen die Nazis.³ Das

¹ Zitiert nach Joachim G. Leithäuser, Wilhelm Leuschner: Ein Leben für die Republik, Köln 1962, S. 61.

² Zu dieser interessanten Persönlichkeit siehe Richard Albrecht, Symbolkampf in Deutschland 1932: Sergej Tschachotin und der „Symbolkrieg“ der Drei Pfeile gegen den Nationalsozialismus als Episode im Abwehrkampf der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus in Deutschland, in: IWK, Heft 4/Dezember 1986, S. 498-533.

³ Grundlagen und Formen politischer Propaganda, von Professor Dr. S. Tschachotin, M. d. O., und Dr. C. Mierendorff, M. d. R., Verlag Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Magdeburg 1932, 48 S. Als Manuskript gedruckt.

illustrierte kleine Heft wurde vom Reichsbanner in Magdeburg gedruckt, stieß bei den Spitzen in Berlin aber nicht auf Gegenliebe. Die einen hielten es für zu modern, die anderen fürchteten, die Nazis würden daraus mehr lernen als die eigenen Freunde.

Ausgehend von der menschlichen Triebstruktur (Hunger und Sexualität) entwickelte das Heft die Grundzüge einer massenwirksamen Propaganda gegen die Nazis. Dem Hakenkreuz wurden die drei Pfeile, dem Hitlergruß der Freiheitsruf und der erhobenen Hand der Nazis die gestreckte Faust der Eisernen Front entgegengeworfen. Hinzu kamen Techniken der Massenaufmärsche und der Straßenpropaganda, die das alles zu einem System der „antifaschistischen Konditionierung“ entwickelten. Die drei Pfeile symbolisierten Aktivität, Disziplin und Einigkeit. „Das tausendfältige Wiederholen“, so die Broschüre, „wirkt rein physiologisch, indem es das Symbolbild ins Unterbewußte eingräbt und seine Wirksamkeit dadurch enorm steigert“. ⁴ Exerzierfelder stellten Heidelberg, Darmstadt und Frankfurt a. M. Die erste Bewährungsprobe brachten die Landtagswahlen in Hessen, bei denen die Sozialdemokraten sich mit Staatspräsident Adelung und Innenminister Leuschner als Minderheitenregierung behaupten konnten.

Die Broschüre war jahrzehntelang so gut wie verschollen. Willi Richter hatte eines der wenigen Exemplare ergattert und organisierte nach dieser Anleitung seine Wahlkämpfe in Darmstadt. Vor einer Hausdurchsuchung der Nazis versteckte er das Heft unter der Tischplatte. Witwe Eise konnte es nicht finden, als der Verfasser 1975 mit ihr darüber sprach. Inzwischen liegt es in Richters Nachlaß im Bundesarchiv. ⁵

Wer sich heute um „Corporate Identity“ bemüht, kann noch immer eine Menge aus der Broschüre lernen. Willi Richters Kampagne für den freien Samstag, die Studentenbewegung von 1968, Wilhelm Zimmermanns Design für den Kampf um die 35-Stunden-Woche und Klaus Staecks Heidelberger Postkarten - das alles läßt sich konzeptionell auf Tschachotins und Mierendorffs Empfehlungen von 1932 zurückführen. Leuschners Einheitsruf vor der Hinrichtung war gleichsam sein letzter Beitrag zu diesem sich tief in das Unterbewußtsein eingrabenden „Symbolkrieg“ für Einheit und Freiheit, für Disziplin und Aktivität in den eigenen Reihen.

Führerkreis der Gewerkschaften

Die Gegenpropaganda der Eisernen Front in Hessen konnte Hitlers „Machterschleichung“ in Berlin und im Reich nicht verhindern. Trotzdem versuchte Leuschner die Phase der Gleichschaltung im Frühjahr 1933 zu nutzen, um die Gewerkschaften als Gegenmacht zu stärken. Die kleinen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften waren am stärksten bedroht und streckten schon 1930 ihre Fühler aus, um in einer Einheitsgewerkschaft unterzukriechen. Die christlichen Gewerkschaften begriffen 1932 - nach dem Sturz Brünnings -, daß

⁴ Ebenda S. 6.

⁵ BArch Koblenz, NL 115/11.

die weltanschauliche Spaltung überwunden werden mußte. Die Freien Gewerkschaften unter Leipart und Leuschner ließen sich als stärkste Gruppierung gerne auf Fusionsverhandlungen ein, wobei Leuschner die Verhandlungsrührung übernahm.

Anders als in der „Judenfrage“ hatte Hitler in „Mein Kampf“ in bezug auf die Gewerkschaften gemäßigte Auffassungen erkennen lassen. In ihrer Bedrängnis glaubten die Gewerkschaftsführer, das neue Regime würde Gewerkschaften tolerieren, die sich parteipolitisch neutralisierten und Bereitschaft zur Mitarbeit an einem nationalen Aufbauprogramm erkennen ließen. Was dabei qualitativ an Widerstandspotential verlorenging, mochte quantitativ durch den Zusammenschluß der alten Verbände und durch einen höheren Organisationsgrad gewonnen werden. Diese Spekulation war falsch. Immerhin gelang es den sozialdemokratischen, christlichen und liberalen Gewerkschaften noch im April 1933, ein Abkommen über den „Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften“ zu Papier zu bringen, das als Geburtsurkunde der deutschen Einheitsgewerkschaft gilt.

Der 1. Mai 1933 als Feiertag der nationalen Arbeit war mit den größten Massenaufmärschen der bisherigen deutschen Geschichte verbunden, und zwar nicht nur in Berlin, sondern reichsweit in allen Städten und Gemeinden. Viele ließen sich massenpsychologisch täuschen. Rasch folgte ein böses Erwachen: Am Vormittag des 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser durch SA und SS besetzt, die Organisationen zerschlagen und die Gewerkschaftsführer in einer wilden Aktion verhaftet. Am 10. Mai gründete das neue Regime die Deutsche Arbeitsfront (DAF) unter Robert Ley, der auf den „Führerkreis“ der Gewerkschaften keinerlei Rücksicht nahm. Die deutschen Gewerkschaften waren liquidiert. An ihre Stelle trat eine nationalsozialistische Massenorganisation, die nach Befehl und Gehorsam funktionierte, die keine Tarifautonomie besaß und als Hebel zur Beherrschung der Wirtschaft durch den Nationalsozialismus diente.

Erster Mann im Widerstand

Unter den Verhafteten des 2. Mai befanden sich auch Wilhelm Leuschner und Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB. Der letzte große freie Gewerkschaftskongreß hatte im Spätsommer 1931 in Frankfurt a. M. unter Leiparts Präsidium getagt. Aber Leuschner war weder unter den Rednern noch unter den Delegierten. Seine Bhtzkarriere an der Spitze des ADGB begann erst mit der Erkrankung und dem Ableben des stellvertretenden Vorsitzenden Hermann Müller-Lichtenberg im November 1932. Der gesundheitlich ebenfalls angeschlagene Leipart (Jahrgang 1867) benötigte unbedingt eine junge dynamische Stütze, möglichst einen Mann mit Sprachkenntnissen in Englisch und Französisch. Der Bundesvorstand kooptierte Leuschner als Nachfolger Hermann Müllers. Seine Spezialaufgabe wurde die Vertretung der ADGB beim Internationalen Arbeitsamt in Genf, mit dem ersten Arbeitsauftrag der „Ein-

führung der 40-Stunden-Woche".⁶ Hinzu kam die Perspektive des Direktors in Genf - eine international höchst angesehene Position.⁷

Es gab also keine Wahl durch einen Bundeskongreß. Dafür waren die Verhältnisse zu turbulent. Allerdings kritisierte niemand diesen Vorgang. Leuschner galt als Hoffnungsträger für die Erneuerung der Gewerkschaften. Leipart hatte das Pensionsalter erreicht. Er kannte den jungen Leuschner schon aus dem Holzarbeiterverband und hatte ihn selber als potentiellen Nachfolger ausersehen. Praktisch bildeten Leuschner und der zweite Stellvertreter, Hermann Schlimme (Jahrgang 1882), ab November 1932 das Führungsduo im Bundesvorstand des ADGB.⁸

Als die Spitzenfunktionäre nach ihrer Verhaftung am 2. Mai von den Schlägertrupps der Nazis schließlich an die ordentliche preußische Polizei übergeben wurden, fanden sie in Plötzensee eine vergleichsweise „kollegiale“ Wachmannschaft. Unter deren Augen konnten sie sich beraten. Es handelte sich um etwa 60 Kollegen⁹, die auf engstem Raum zusammengepfercht waren. Ihre Wahl fiel auf Wilhelm Leuschner als ersten Mann und Nachfolger Leiparts.¹⁰ Leuschner war nicht nur - wie es in verschiedenen Lebensläufen heißt - stellvertretender ADGB-Vorsitzender durch Kooptation des Bundesvorstandes, sondern durch die Entscheidung der verhafteten Kollegen im Gefängnis Plötzensee Anfang Mai 1933, auch erster Mann der Einheitsgewerkschaft in der Illegalität. Er blieb die Nr. 1 der deutschen Gewerkschaften bis zu seiner Ermordung im Blutschuppen von Plötzensee, unweit der Stätte seiner Wahl zum Vorsitzenden.

Absprachen mit der Internationale

Während in Berlin und im Reich die Faschisierung rollte, mußte Leuschner bis zu seiner Verhaftung im Mai 1933 zwischen drei Schauplätzen pendeln. In Darmstadt hatte er als amtierender Innenminister, der er noch bis Mitte März 1933 war, die demokratisch zuverlässige Landespolizei zu kommandieren und den bedrohten Volksstaat zu schützen. In Berlin war er mit Fusionsverhandlungen beschäftigt und gleichzeitig mit dem Reichsarbeitsministerium, das unter dem Minister Franz Seldte (Stahlhelm) mit einer traditionell republikfreundlichen Beamtenschaft noch eigenständige Regungen zuließ. Drittens mußte er sich in Genf auf dem diplomatischen Parkett des Völkerbundes bewegen. In dem drittelparitätisch besetzten IAA trafen sich Arbeitgeber-, Regierungs- und Gewerkschaftsvertreter aller Mitgliedsländer. Auf dem neu-

6 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Nachlaß W. Leuschner Nr. 3/3, darin Briefwechsel Leuschners mit dem Bundesvorstand 1932.

7 Ebenda Nr. 3/4, Schreiben vom 8. November 1932.

8 Zur Biografie Schlimmes siehe Fritz Zimmermann, Mitbegründer des FDGB. Hermann Schlimme, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 3/1987, S. 378-390.

9 Die Zahl folgt dem Bericht Hermann Schlimmes. SAPMO BArch FDGB NL 16/71, [Hermann Schlimme], Material über die Vorgänge, die zur Machtergreifung Flitlers im Januar 1933 führten, S- 6.

10 Bruno Gleitze war persönlich als Häftling dabei und hat es am 25. September 1980 im Gespräch mit dem Verfasser berichtet. Frau Gleitze und Gabriele Weiden waren als Zeugen anwesend. Der Verfasser hat über dieses Gespräch mit Gleitze, der wenige Wochen später starb, ein achtseitiges Gedächtnisprotokoll angefertigt.

tralen Boden konnte Leuschner sich sowohl mit christlichen und liberalen Gewerkschaftern aus Deutschland absprechen als auch mit den wichtigsten Leuten des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGE), insbesondere mit Walter Schevenels, dem Generalsekretär.

Hitlers Regiment gierte in diesen Monaten nach internationaler Anerkennung, um die Verhältnisse im Innern des Reiches um so ungestörter festschieren zu können. Ob Robert Ley in Genf als deutscher Gewerkschaftsvertreter anerkannt würde, war durchaus zweifelhaft. Deshalb erreichte den inhaftierten Leuschner das Angebot, mit Ley zusammen nach Genf zu reisen und dort sozusagen das Mandat der deutschen Gewerkschaften offiziell an Ley zu übergeben. Die verhafteten Kollegen in Plötzensee rieten Leuschner, auf jeden Fall nach Genf zu fahren. Bedingung war zunächst die Haftentlassung der Gewerkschaftsführer.

Es war eine heikle Mission. Leuschner nutzte die Ungewisse Chance und reiste tatsächlich mit Ley in die Junisession. In Genf traf er die Kollegen aus dem IGE, den Berufssekretariaten und der sozialistischen Internationale. Er informierte sie über die Vorgänge in Deutschland und traf Verabredungen über die künftige illegale Zusammenarbeit. Dabei kam ihm zustatten, daß sowohl das Saarland als auch Danzig noch unter Völkerbundsmandat standen, so daß Schevenels und seine Freunde sich offiziell um die dort organisierten Kollegen kümmern konnten. Trotz energischen Drängens aus Berlin weigerte Leuschner sich standhaft, irgendeine Rede für Ley und die Hitlerherrschaft zu halten. Ley selber benahm sich dermaßen tölpelhaft, daß ein Eklat drohte. Er hätte nach normalen Spielregeln verloren, aber Hitler hielt ihn im Amt, denn ein schwacher Mann an der Spitze der DAF, der auf die Gnade des Führers angewiesen war, paßte sehr wohl in das Konzept der NS-Diktatur. Immerhin war in Genf deutlich geworden, daß nicht Ley, sondern allein Leuschner als legitimer Vertreter der deutschen Gewerkschaften anzusehen war. Das verlieh ihm später einen gewissen Schutz vor Übergriffen der Nazis.

Leuschner im Moorlager

Das Angebot der Emigration lehnte Leuschner ab. Er hätte recht komfortabel beim IGE in Paris unterkommen können. Aber Leuschner und seine Freunde wollten bei den verfolgten Kollegen im Reich bleiben, um gemeinsam an der Wiederherstellung der Gewerkschaftsfreiheit zu arbeiten. Allein jüdische Kollegen waren so bedroht, daß ihnen die Ausreise empfohlen wurde. Leuschner begab sich auf die Heimreise nach Darmstadt in der sicheren Erwartung, unmittelbar hinter der Schweizer Grenze bei Basel von deutscher Polizei verhaftet zu werden. Er blieb ein Jahr in Haft, zunächst in Rockenberg, dann in Börgermoor und schließlich im KZ Lichtenburg in Sachsen.

Mierendorff und Leuschner waren den Nazis seit Veröffentlichung der Boxheimer Dokumente Ende 1931 besonders verhaßt. Bei der Einlieferung in das KZ Börgermoor wurden beide sofort in die Arrestzelle gesperrt. Als sie am

„normalen“ Lagerleben teilnehmen durften, schlug ihnen zunächst Mißtrauen entgegen, denn auf ihnen lag der Verdacht des „Bonzentums“. Der Schauspieler, Autor und Regisseur Wolfgang Langhoff hat in seinem Buch über die „Moorsoldaten“ liebevoll auf Leuschners Kameradschaftlichkeit hingewiesen, mit der er rasch die Vorbehalte auch der kommunistischen Gefangenen überwand.

Nach dem Krieg ging Langhoff noch einmal auf Leuschners freundliches Wesen ein. Er berichtet aus der Dreierzelle, wie Leuschner den Mithäftlingen die schwere Zeit vertrieb, indem er von seinen Abenteuern im Freiballon erzählte: „Dann lagen wir beiden ändern mit heißen Köpfen im Dunkel auf unseren Pritschen und hörten ihm zu, und die Wände der Zelle weiteten sich und verschwanden. Der klare, hohe, endlose Himmel, in dem der gelbe Ball schwebte, wölbte sich über uns, und das tiefste Erlebnis - die große Stille im Ballonkorb dort oben hoch über der Erde mit ihrem ganzen Lärm - zog auch in uns ein als Inbegriff der allerletzten Freiheit. Nie werde ich das ‚Wipfeltauchen‘ vergessen, wie er es uns geschildert hat: über dem grünen Laubmeer eines Waldes sinkt langsam der Ballon in die Zweige, der Korb taucht rauschend ins Grüne, da wird ein wenig Ballast abgeworfen, und der Ballon steigt schnell wieder empor, senkt sich nach einiger Zeit wieder hinab, und so wiederholt sich das Spiel. Das war das ‚Wipfeltauchen‘, und wenn ich mir später in der Enge der Zelle und unter dem Druck der Nazihenkernknechte Visionen der Freiheit vorzauberte, um standhalten und ausharren zu können, dann war es das Wipfeltauchen über dem grünen deutschen Wald, das vor meinen Augen erstand (...).“¹¹

Zur Einheit gehörte die Freiheit als zentrales Motiv im Fühlen, Denken und Handeln Leuschners.

Illegale Reichsleitung

Nach dem Eklat von Genf konnte Leuschner unmöglich seine Kollegen in Berlin über den Aufbau der illegalen Arbeit und seine Verabredungen mit dem IGB unterrichten. Aber der treue Schevenels nutzte die anstehenden Wahlen in Danzig, um auf der Durchreise in Berlin noch im Juni 1933 mit Hermann Schlimme, dem früheren Stellvertretenden Bundesvorsitzenden, und Walter Maschke, dem für die Jugendarbeit zuständigen ADGB-Vorstandsmitglied, über die weitere Zusammenarbeit zu verhandeln. Sie kamen rasch überein, daß weitere Verbindungen zu den Bezirks- und Ortsverwaltungen bis in die Betriebe hinein unterhalten werden sollten. Schlimme und Maschke bildeten also eine erste illegale Reichsleitung. Ihnen zur Seite standen entsprechende illegale Kader der Industriegewerkschaften. Als erste nannte Schlimme Martin Krebs vom Fabrikarbeiterverband, Cäsar Thierfelder vom Bekleidungsarbeiterverband, Otto Eichler und Erich Bührig vom Metallarbei-

11 SAPMO BArch, ZPA V 278 6/1102, Wolfgang Langhoff, Ein guter Kamerad. Wilhelm Leuschner, S. 3.

terverband, Richard Barth vom Buchdruckerverband und Hermann Rudolf vom Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe.¹²

Es ist davon auszugehen, daß alle 30 Mitgliedsverbände des ADGB ab Juni 1933 entsprechende illegale Reichsleitungen bildeten, die mit unterschiedlicher Tiefe und Intensität und wechselndem Personal - je nach Verhaftungslage - so lange wie irgend möglich aufrechterhalten wurden, und zwar teils bis in die Tage der Befreiung durch die alliierten Truppen. Etwa 7.000 ehemals hauptberufliche Funktionäre standen für diese Arbeit zur Verfügung oder bildeten zumindest ein professionell versiertes Potential, das im Ernstfall für einen antifaschistischen Umsturz aktiviert werden konnte.

In Berichten, die Hermann Schlimme unmittelbar nach Kriegsende für die Nürnberger Prozesse zusammenstellte, ist von einem „System von Vertrauensleuten“ und von der „zentralen Leitung“ einer „Geheimorganisation“ die Rede.¹³ Schevenels besuchte sie weiterhin heimlich in Berlin, und Maschke reiste im Auftrag der deutschen Kollegen nach Prag, Amsterdam und London.

Nach seiner Entlassung aus dem KZ Lichtenburg zog Leuschner in die Reichshauptstadt Berlin, und zwar in die Bismarckstraße 84. Dort leitete er eine kleine Fabrik für Aluminiumartnaturen, in der etliche Kollegen Beschäftigung fanden. Schlimme berichtete ihm bei seiner Ankunft in Berlin, „daß für die gesamte Gewerkschaftsbewegung ein illegales Vertrauensmännersystem geschaffen worden“ war.¹⁴ Leuschner, der auch von dem dienstälteren Schlimme als „Wortführer“ der Gewerkschaften anerkannt wurde, übernahm zunächst die Aufgabe, „mit Vertretern anderer politischer und wirtschaftlicher Gruppen in Verbindung zu treten, um Gedankenaustausch über die politische Situation und über eventuell notwendige Vorbereitungen für den Fall eines Umsturzes des Naziregimes zu pflegen“.¹⁵ Dabei half Hermann Maaß, der frühere Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, der zugleich als Prokurist in Leuschners Fabrik beschäftigt war.¹⁶

Hermann ScMimme, der Textilarbeiter Cäsar Thierfeider, der Eisenbahner Otto Scharfschwerdt u. a. wurden am 9. Dezember 1937 vor dem 5. Strafsenat des Reichskammergerichts in Berlin angeklagt. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat erhielt Schlimme eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren. Man hatte ihm die Mitarbeit an zwei illegalen Flugblättern nachweisen können, aber seine illegale Gewerkschaftsarbeit blieb unaufgedeckt. Durch eine geschickte Prozeßführung gelang es der Verteidigung, alle entsprechenden Fragen der Polizei und Staatsanwaltschaft abzublocken. Nicht einmal die Verbindung zur Auslandsleitung unter dem Metallarbeiter Heinrich Schliestedt in Komotau

12 SAPMO BArch FDGB NX 16/71, [Hermann Schlimme], Bericht über illegale Gewerkschaftsarbeit in der Zeit ab 1933, S. 1.

13 SAPMO BArch FDGB KL 16/71, [Hermann Schlimme], Vorbereitungen zum 20. Juli 1944. Der Versuch einer deutschen Revolution. S. 1.

14 Ebenda, S. 2.

15 Ebenda.

16 Dietrich Eichholtz und Almuth Püschel (Hg.), Brandenburg in der NS-Zeit, Studien und Dokumente, Berlin 1993, S. 347 ff.

wurde offenbar. „Hermanns Verteidigung muß hervorragend gewesen sein“, schrieb Schliestedt aus Komotau an den Holzarbeiter Fritz Tamow in Kopenhagen. „Bei den Vernehmungen ist immer wieder nach mir, der unter dem Namen ‚Heinrich‘ lebe, gefragt worden, natürlich ohne Resultat.“¹⁷ Dergestalt konnten auch Hans Böckler und seine Freunde, die im Rheinland, und zwar in der „Westmetropole“, für die illegale Organisation der Gewerkschaften tätig waren, nach Anfangsverdächten der Polizei verschont bleiben.¹⁸

Ebenso blieb Leuschner auf freiem Fuß. Durch Verbindungen zur Wehrwirtschaft, bei deren Vermittlung Jakob Kaiser behilflich war, und durch geschickte Vertrauensarbeit bei der Geheimen Staatspolizei genoß Leuschner sogar wachsenden Freiraum bis Juli 1944. Leuschners Taschenkalender und seine Mitteilungen über Geschäftsreisen an die Gestapo spiegeln 1938 ein dichtes Netz von Reiseaktivitäten, bei denen gleichzeitig politische und geschäftliche Kontakte geknüpft wurden. Allein in der kurzen Zeit vom 13. bis 27. Juli 1938 war er in Leipzig, Erfurt, Gotha, Eisenach, Kassel, Marburg, Frankfurt a. M., Mannheim, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Saarbrücken, Karlsruhe, Rastatt, Offenburg, Freiburg, Rottweil, Stuttgart, Möhringen, Plochingen, Heilbronn, Würzburg, Ansbach, Erfurt und wieder Berlin. Der folgende August führte ihn nach Hannover, Magdeburg, Potsdam, Osnabrück, Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Oberhausen, Duisburg, Krefeld, Düsseldorf, Aachen, Eilendorf, Stolberg, Köln, Solingen, Wuppertal, Goslar, Halberstadt, Magdeburg, Breslau, Görlitz, Liegnitz, Chemnitz, Zwickau und Leipzig.¹⁹

Nach der Haftentlassung im Jahre 1940 haben Schlimme und seine Freunde sich auf Fortsetzung der illegalen Arbeit eingelassen. Schlimme war in Leuschners Pläne zum 20. Juli eingeweiht und konnte Ende 1945 berichten: „Daß der Putschversuch am 20. Juli 1944 überhaupt unternommen wurde, ist zweifellos in erster Linie dem Wirken von Wilhelm Leuschner, Hermann Maaß und Jakob Kaiser sowie der mit diesen zusammenarbeitenden Gewerkschaftler und Sozialdemokraten zu verdanken. Die in Frage kommenden Militärs wären niemals zu einer Aktion gegen Hitler gekommen, wenn sie nicht durch Leuschner und seine Genossen die Gewißheit erhalten hätten, daß im Augenblick des militärischen Vorgehens gegen Hitler eine Massenorganisation bereitstehen würde, die die politische Basis für die neue Regierung darstellen konnte. Die seit 1933 geschaffene illegale Verbindung unter den ehemaligen Gewerkschaftsmitgliedern gab Leuschner und seinen Genossen die Möglichkeit, einen ständigen Druck auf die nazifeindlichen Militärs zum Vorgehen gegen Hitler auszuüben.“²⁰

Das Konzept der Einheits- und Volksgewerkschaft

Während der Vorbereitungen des Putsches gegen Hitler wurde Leuschner sowohl als künftiger Reichspräsident, als auch als Reichskanzler vorgesehen.

17 DGB-Archiv, Schreiben, von Heinrich [Schliestedt] an Fritz [Tamow], 8. Februar 1938.

18 DGB-Archiv, Schreiben von Heinrich [Schliestedt] an Fritz [Tarnow], 11. Januar 1938.

19 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Nachlaß W. Leuschner, Nr. 1/10.

20 Wie Anmerkung 13, S. 6.

Allerdings bevorzugte er für die erste Stunde nach dem Umsturz die strategisch-taktisch günstigere Position des Vizekanzlers.²¹ Kurz vor dem Juliputsch reiste Leuschner noch einmal nach Darmstadt, wo er mit Ludwig Bergstraesser und früheren Mitarbeitern aus dem Innenministerium über die bevorstehende Aktion sprach.

Unterdes überließ Leuschner die gewerkschaftlichen Organisationsfragen mehr Hermann Schlimme, um sich selber stärker der Staatspolitik widmen zu können. „Ich habe dann auch“, so Schlimme später in einem Brief an Bergstraesser, „einen Plan über die Bildung der neuen Gewerkschaften in Deutschland ausgearbeitet und aus den früheren, etwa 220 verschiedenen Organisationen und Verbändchen 18 Industriegewerkschaften aufgeteilt (...).“²² Schlimme sah diese Konzeption in ihren Grundzügen sowohl im östlichen FDGB als auch im westlichen DGB nach 1945 verwirklicht.

Leuschner vermied alle schriftlichen Fixierungen und achtete konsequent auf die Entschriftlichung des gewerkschaftlichen Widerstandes. Erst in der Haft unter den Qualen der Folter und angesichts der bevorstehenden Vollstreckung des Todesurteils gestand Leuschner den Organisationsplan der „Deutschen Gewerkschaft“ und ihrer „Reichsleitung“. SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner berichtete darüber an die Parteikanzlei unter Bormann und damit auch an Hitler. Demnach fungierte Leuschner als Reichsleiter. Stellvertreter waren der christliche Gewerkschafter Jakob Kaiser (Ressort Sozialpolitik) und der deutschnationale Max Habermann (Ressort Finanzen). Der emigrierte Fritz Tarnow sollte die Wirtschaftspolitik, Walter Maschke die Jugendpolitik übernehmen. Die „Deutsche Gewerkschaft“ erstreckte sich in mindestens 13 Bezirkssekretariaten über das ganze Reichsgebiet. Sie gliederte sich in Industriegruppen wie „Metall“, „Leder und Bekleidung“ und „Bergarbeiter“.²³

Es ist davon auszugehen, daß Leuschners Aussagen im Verhör unvollständig waren. Ferner bleibt anzunehmen, daß er möglichst ältere, pensionierte und emigrierte Kollegen angab, um die wirklichen Leistungsträger zu schützen. Gleichwohl skizzierte er die Grundzüge einer einheitlichen Volksgewerkschaft, die den heutigen DGB an Organisationsgrad, Finanzkraft und Einheitlichkeit in der Führung deutlich übertraf. Es mischten sich Vision und Wirklichkeit, um die schwierige Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im Lande zu beflügeln. Mit dieser Konzeption im Kopf formulierte Leuschner seinen letzten Appell an die überlebenden Mitkämpfer.

21 Kurt Finker, *Der 20. Juli 1944. Militärputsch oder Revolution?* Berlin 1994, S. 244 F.

22 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Nachlaß W. Leuschner Nr. 1/17. Schlimme an Bergstraesser, 8. Oktober 1952.

23 Kaltenbrunner-Bericht vom 13. September 1944. Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. Hg. vom Archiv Peter für historische und zeitgenössische Dokumentation, Stuttgart 1961, S. 383-386.